



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode, 1995-1996

23.01.1997 - Drucksache 14/570

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Visumspflicht für ausländische Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren

Nach der von der Bundesregierung beschlossenen Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz brauchen Kinder aus der Türkei, Marokko, Tunesien und Ex-Jugoslawien seit dem 15. Januar 1997 ein Visum für den Besuch der Bundesrepublik Deutschland. Auch in Deutschland geborene Migranten/-innen-Kinder müssen nun eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Dadurch wird die bislang geltende Regelung, nach der Kinder unter 16 Jahren aus den ehemaligen „Gast“-arbeiter-Anwerbeländern weder eine Aufenthaltsgenehmigung noch ein Visum für die Einreise bzw. den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland brauchen, aufgehoben. Die Durchführungsverordnung konterkariert alle immer wieder vorgetragenen Integrationsabsichten dieser ausländischen Kinder und Jugendlichen. Circa 20 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Bremen sind von dieser Regelung betroffen. Diese größtenteils hier geborenen bzw. aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen werden durch diese Verordnung zusätzlich benachteiligt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Änderung der Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz vom 11. Januar 1997 bei der Vorlage im Bundesrat abzulehnen und sich für den Erhalt der visumsfreien Einreise von Kindern und Jugendlichen der in Deutschland lebenden Ausländer/-innen einzusetzen.

Dr. Hindriksen, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

